

OFFENER BRIEF AN DIE CSV-DP-VERANTWORTLICHEN

Appell für eine vernünftige Drogenpolitik

Die Debatte um die Cannabis-Liberalisierung kommt in den Endspurt. Die LSAP-Abgeordnete Lydie Err wendet sich in ihrem offenen Brief an die "Damen und Herren aus der Regierung, der CSV- und der DP-Fraktion".

Ich wende mich heute auf diesem Wege an Sie, um doch noch zu einer vernünftigen Lösung in der Drogenpolitik zu kommen. Wir stehen kurz vor der Verabschiedung des einschlägigen Gesetzesprojekts - noch ist Zeit dafür. Sie wissen, dass die LSAP und auch ich mich seit Beginn der Arbeiten in der Spezialkommission "Drogen" für eine Straffreiheit des Konsums sanfter Drogen eingesetzt haben. Die von mir eingereichten Änderungsvorschläge zum Text des Gesetzesprojekts bewiesen das ebenso wie die von mir initiierte und 1996 einstimmig vom Parlament angenommene Motion.

In wenigen Tagen soll der Bericht zum Gesetzesprojekt vorgelegt werden, eine baldige Verabschiedung durch die Abgeordnetenkommission dürfte unweigerlich darauf folgen, die dann den Konsum von Cannabis weiterhin unter Strafe stellt. Und das, obwohl auch Sie erkannt haben müssten, dass alle Einwände gegen eine Entpenalisierung von sanften Drogen aus triftigen Gründen ausgeräumt werden konnten. Zur Erinnerung seien nur ein paar Punkte, die vor allem in den letzten Tagen die Aktualität beherrscht haben, erwähnt.

Die LSAP verkennt jedoch die Schädlichkeit des Drogen-

konsums an sich nicht und setzt sich daher dafür ein, dass der Staat alle Energie in eine gezielte und sachkundige Aufklärung über die Schädlichkeit, die Gefahren und die negativen Folgen des Konsums jeglicher Drogen - illegaler wie legaler - steckt. Und zwar mit dem eindeutigen Ziel, "den Gebrauch solcher Genussmittel generell einzudämmen" so stand es jüngst in einer Pressemitteilung der LSAP zur Drogendebatte zu lesen. Die LSAP plädierte in diesem Text - nach wie vor - für eine Entpenalisierung des Konsums, des Besitzes und des Erwerbs von sanften Drogen - eben Cannabis und seinen Derivaten - zum persönlichen Gebrauch.

Der Satz über die Gefährlichkeit kam nicht von ungefähr, genauso wenig wie die Aufforderung gleichsam als Begleitmaßnahme zur Entpenalisierung dieser Drogen ein umfassendes Aufklärungs- und Informationsprogramm

über die Schädlichkeit aller legaler (und auch illegaler) Drogen durchzuführen. Man wollte bewußt auch auf die von Dr. Lang in einem Leserbrief vorgebrachten Einwände gegen eine Drogenentpenalisierung reagieren. Denn das Problem ist ja nicht so sehr der Gebrauch dieser Drogen sondern ihr Missbrauch!

Denn allein die Tatsache, dass Cannabis - wie alle Drogen - schädlich ist, kann ja noch nicht als Argument genügen, seinen Konsum nicht von der Strafe freizustellen. Noch einmal sei daran erinnert, dass Alkohol und Tabak als legale Drogen - und das ist wissenschaftlich erwiesen - schädlicher sind als Cannabis. Mehr noch im Gegensatz zu diesen legalen Drogen führt Cannabis zu keiner körperlichen Abhängigkeit.

Es ist also mehr als scheinheilig, den Konsum von Cannabis zu bestrafen, den von Alkohol und Tabak jedoch nicht. Logisch und gerecht wäre da eine Haltung die besagte: Alles oder nichts. Also: Entweder den Konsum aller drei Drogenarten - Alkohol, Tabak und Cannabis - bestrafen oder keinen.

Auch das Argument, Cannabis sei eine Einstiegsdroge zu härteren Drogen, ist mehr als haltlos. Dann müsste auch das Glas Bier als Einstiegsdroge zum schweren Schnapsmissbrauch gelten.

Doch um es einmal ganz deutlich zu sagen - nicht jeder Biertrinker wird zum Alkoholiker, genauso wenig greifen die meisten Cannabiskonsumenten später zu Heroin. Gott sei Dank, kann man da nur sagen, sonst wären über 40% der Jugendlichen unter 19 Jahren schwer drogengefährdet - denn so viele haben in einer Studie des Drogenpräventionszentrums angegeben, Cannabis schon einmal probiert zu haben.

Die Zukunft unserer Jugend darf nicht gefährdet werden. Die von der Regierung derzeit verfolgte Drogenpolitik, das entsprechende Gesetzesprojekt durchzuboxen gefährdet unsere Jugend, setzt sie mit Kriminellen gleich. Es handelt sich dabei im Grunde nur um eine Fortsetzung der Repressionspolitik mit anderen Vorzeichen. Und das, obwohl erwiesen ist, dass die jahrzehntelange Repressionspolitik den Konsum nicht einschrän-

ken konnte - im Gegenteil, wie die jüngsten Zahlen belegen.

Das ist nicht umsichtig und entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Denn auch das internationale Umfeld, die Nachbarländer in Europa, auf deren Agieren die Luxemburger Regierung warten wollte, schreiten zur (Befreiungs)Tat und fügen sich, wie jüngst Belgien, der besseren Einsicht. Auch in Teilen Deutschlands ist der Besitz und in der Schweiz sogar der Anbau von Cannabis zum Eigengebrauch erlaubt.

Noch hat das Parlament, noch hat die Regierung die Chance, das Gesetzesprojekt mit einigen Umänderungen so zu verabschieden, dass es die Jugend, aber auch die zahlreichen erwachsenen Drogenkonsumenten, die wie viele Alkoholkonsumenten auch ein geregeltes Leben führen, nicht durch einen Eintrag in das Strafregister (Casier judiciaire) in ihrer Lebensplanung gefährdet.

Viel wichtiger wäre es, gezielt eine Politik der Verantwortung durchzuführen. Ein solches Programm im Interesse der Jugendlichen müsste, statt auf Strafe zu setzen, zu einem verantwortlichen Umgang mit der eigenen Person erziehen, auch und vor allem im Hinblick auf die Gefahren bei jedem Drogenkonsum. Aufklärung wirkt auch einem gewissen Nimbus dieser Drogen entgegen. Doch dieses ambitionöse Gesellschaftsprojekt verlangt natürlich mehr Aufwand und Einsatz als die simple Repression.

Noch ist Zeit. Auf zwei bis drei Wochen sollte es da nach jahrelanger Bastelei - schon seit 1996 mache ich mich für die LSAP in der Drogenkommission des Parlaments für eine Entpenalisierung stark - nicht mehr ankommen. Dies ist ein Appell an die CSV-DP-Mehrheit, in der Drogenpolitik Einsicht zu zeigen! Erkennen Sie die gesellschaftlichen Realitäten! Beugen auch Sie sich der Vernunft - Befreien Sie Cannabiskonsumenten von der Strafverfolgung!

Aufklärung und Verantwortung statt Repression muss die Handlungsmaxime sein!

Lydie Err

LSAP-Abgeordnete und Mitglied der Spezialkommission "Drogen"

PETITION

Legalize it!

Pour une réforme courageuse de la politique en matière de drogues

La politique de répression en matière de stupéfiants s'est soldée depuis longtemps par un échec. Pourtant, la nouvelle loi sur les stupéfiants, dont le vote s'annonce pour le début de 2001, reste dans la logique des peines et des amendes. La dernière version du projet de loi contient en matière de consommation de drogues douces uniquement une réduction des sanctions à des amendes, pouvant aller de 10.001 à 100.000 LUF.

C'est loin de la politique de nos partenaires du BENELUX:

- la politique de tolérance des Pays-Bas est connue,
- en Belgique, les projets de réforme annoncés se situent entre une tolérance et une réglementation de l'usage - légalisé - de drogues douces.

Mais partout en Europe, le mouvement anti-prohibitionniste gagne du terrain:

- En Espagne et en Italie l'usage personnel est dépénalisé.
- En Suisse, le gouvernement vient d'annoncer la dépénalisation.
- Et n'oublions pas qu'au Luxembourg, la Chambre a voté en 1996 une motion invitant le Gouvernement "à développer avec la Belgique et les Pays-Bas un programme de mesures communes de libéralisation du cannabis et de ses dérivés"

Dépénaliser la consommation de drogues douces, ce n'est pas inciter à la consommation! Dépénaliser, c'est

- reconnaître l'implantation dans notre société de la consommation du cannabis,
- prendre en compte (comme l'ont démontré les études scientifiques) que la consommation de cannabis est de loin moins nocive que celle de drogues légales telles que le tabac ou l'alcool;
- se donner les moyens d'arriver à une politique de prévention et de "bon usage" plus sincère, plus responsable et plus efficace.

Alors, soutenez l'action du WOXX et signez!

Les signataires demandent

- au gouvernement: de retirer un projet de loi qui s'avère anachronique avant même sa mise en vigueur et de revoir sa politique en matière de consommation de drogues; de suivre les Pays-Bas, la Belgique et d'autres pays européens dans leur politique de dépénalisation de la consommation de cannabis;
- le cas échéant, aux parlementaires de tous les bords, de voter contre le projet de loi dans sa version actuelle.

Premiers signataires: **René Clesse**, rédacteur du journal satirique "Den Neie Feierkrop"; **Claudia Dall'Agnol**, présidente des JSL, conseillère communale Dudelange; **Simone Dietz**, AGORA a.s.b.l.; **Marc Gerges**, journaliste; **Henri Goedertz**; **Gilbert Graf**; **Richard Graf**, journaliste; **André Hoffmann**, déi Lénk; **Jean Huss**, député, déi Gréng; **Germain Kerschen**, journaliste; **Tom Schlechter**, éducateur gradué; **Sylvie Schmit**, psychologue dipl.; **Jeannot Schmitz**; **Chantal Serres**, présidente du CA du WOXX; **Guy W. Stoons**, cartooniste; **Renée Wagener**, députée, journaliste; **Jean-Claude Wolff**, journaliste.

nom	adresse	organisation* / fonction*	signature

A renvoyer à: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg; Fax: 29 79 79.

Vous pouvez aussi signer la pétition en remplissant le formulaire sur notre site (adresse: <http://www.woxx.lu/petition/index.html>).

* au cas où vous le désirez

Petition WOXX - dernière chance!

Dans quelques semaines, le projet de loi "stupéfiants" doit être voté. Le WOXX remettra sa pétition pour la dépénalisation du cannabis au président de la Chambre la semaine prochaine. Alors, profitez des dernier jours pour signer - ou pour convaincre vos connaissances à le faire ... Actuellement, nous avons déjà franchi le cap des 1.000 signatures!

Merci pour votre soutien.